

# Ahnung vom Regieren

Arnold Schölzel

Er trete im Wahlkampf für die Dreierkoalition aus Die Linke, SPD und Grünen, die seit 2014 Thüringen regiere, verkündete Bodo Ramelow. Die wohlwollende Berichterstattung in Spiegel, FAZ und anderen westdeutschen überregionalen Medien über ihn in den vergangenen Wochen war so auch stets verbunden mit dem Hinweis, dass er zu seiner Partei auf Distanz gegangen sei. Debatten um Enteignung von Wohnungskonzernen wie in Berlin bezeichnete er dem Spiegel gegenüber als »überflüssig«, der auf Regierungsbeteiligung erpichten Parteiführung bescheinigte er, »vom Regieren hätten die keine Ahnung«. Die Kovorsitzende Katja Kipping hatte das mit »Bodo Ramelow oder Barbarei« befeuert. Wahlwerbevideos und Plakate Ramelows kamen ohne Linke-Schriftzug aus.

Gemessen am Ziel, die bisherige Regierungsmehrheit zu halten oder auszubauen, ist der erste Ministerpräsident, den Die Linke stellt, am 27. Oktober gescheitert: Nach vorläufigen Ergebnissen hat die Koalition fünf Sitze im Landtag weniger als 2014. Das mag damit zusammenhängen, dass mit der FDP eventuell eine sechste Partei in das Parlament einzieht, an der Bewertung ändert das nichts.

Beides – Ramelows Distanz und der Verlust der Mehrheit - relativiert den Erfolg der Linkspartei, die an der 30-Prozent-Marke kratzt, erheblich und lässt die Schlussfolgerung zu, dass ähnlich wie in Sachsen und Brandenburg ein erheblicher Teil der Wähler seine Stimmen taktisch vergab und den Regierungschef gegen die AfD stärken wollte.

Die erreichte dennoch mit einem faschistischen Demagogen an der Spitze fast 24 Prozent. Auch dafür muss sich die Ramelow-Regierung in die Pflicht nehmen lassen. Selbstverständlich ist es nicht möglich, Menschen, die an Nichtexistentes glauben, wie z. B. an »Umvolkung« und der vom AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke als erste Maßnahme bei Regierungsübernahme angekündigten »Abschiebeinitiative 2020« zustimmen, durch Argumente zu einem anderen Wahlverhalten zu bewegen. Allerdings ist auch richtig: Höcke, der Gymnasiallehrer aus Hessen, unterscheidet sich in seiner Sprache kaum von vom Hessen Alfred Dregger, von 1982 bis 1991 CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Höcke ergänzt dessen Bekenntnis zu Wehrmacht und antibolschewistischem Kampf im Zweiten Weltkrieg durch pseudosozialistische Floskeln, etwa wenn er die »Ursachen von Extremismus« auf »soziale und ökonomische Ursachen« zurückführt. Das ist – frei nach George Orwell – in Wirklichkeit der »Wahrheitssprech« der westdeutschen Bourgeoisie. Der »Extremismus«-Begriff, mit dem stets nur Linke gemeint sind, wurde 1990 in die gesamte DDR importiert, in Thüringen mit besonders verheerenden Folgen. Westdeutsch geleiteter Verfassungsschutz und Polizei des Freistaates päppelten in den 1990er Jahren nicht nur den »Thüringer Heimatschutz« als faschistisches Sammelbecken auf – auch um ein Abdriften Jugendlicher nach links zu verhindern -, sondern stifteten damit auch den NSU. Die Verantwortlichen gingen straflos aus und der NSU-Untersuchungsausschuss der vergangenen Legislaturperiode scheiterte, weil das Desinteresse an Aufklärung z. B. der Umstände, unter denen zwei der Mörder 2011 in Eisenach aufgefunden wurden, überwog. Die Erklärung, wie jemand nach seinem Tod noch einmal eine Waffe durchgeladen hat, im kürzlich vorgelegten Abschlussbericht bleibt hanebüchen.

Unter solchen Umständen dürfen sich Faschisten unbehelligt und stark fühlen. Das Märchen von Flüchtlingen, die in riesiger Zahl den gebeutelten Freistaat heimsuchen, wird insbesondere vom Regionalsender MDR gepflegt. Wer diese CSU-Ausgründung von 1990 im Lande hat, braucht keine AfD mehr. Oder umgekehrt: Die AfD ist die Partei, die dieser Sender in den drei Bundesländern, für die er ein Monopol hat, in fast 30jähriger Anstrengung mit hervorgebracht hat. Wie der aktuelle Spiegel berichtet, fällt die Rechtslastigkeit des Dauermusikantenstadlfunks in politischen Beiträgen nun selbst innerhalb der ARD auf: Welch Überraschung nach drei Jahrzehnten.

Da wächst, was gesät wurde: Die outgesourcte Rechtsfraktion aus CDU und CSU hat in Björn Höcke einen passenden Repräsentanten gefunden.

Wer aber, wie die Dreierkoalition Ramelows das nochmalige Totschlagen der DDR als »Unrechtsstaat« zu einer Staatsdoktrin gemacht hat, wer kurz vor diesen Landtagswahlen öffentlichkeitswirksam 600.000 Euro für die Erforschung der »Christenverfolgung in der DDR« lockermachen kann (bei einem Landesetat 2019 von 10,6 Milliarden Euro), der unterscheidet sich keinen Millimeter von den Helden der »Extremismus«-Schnüffelei. Er setzt nach bundesdeutscher Tradition auf Druck gegen Linke jeder Couleur und auf jene Ausgrenzung, die mit der Vokabel »Unrechtsstaat« verbunden ist: Haben DDR-Bürger überhaupt eine rechtlich gültige Geburtsurkunde geschweige denn sonst irgendetwas Vorzeigbares? Was unterscheidet diese Redeweise und das damit verbundene Regierungshandeln von Spaltung der Gesellschaft durch Hetze z. B. gegen Migranten?

Wer so regiert, benötigt keine Partei, die sich Die Linke nennt. Der wird auch weiterregieren, ob mit drei oder vier Parteien in einer Koalition oder einer Minderheitsregierung. Auch wenn die Wahlbeteiligung am 27. Oktober auf 65 Prozent gestiegen ist: 35 Prozent erwarten nichts mehr. Drei von vier Regionen Thüringens gelten als abgehängt oder abgerutscht und schrumpfen, die Einkommen sind besonders niedrig, der Ausfall von Schulstunden war weniger wichtig als das Senken der Verschuldung um eine Milliarde Euro, der Öffentliche Personennahverkehr kennt nur Streichungen. In Ostthüringen kommt die AfD, die 80.000 Stimmen von früheren Nichtwählern erhielt, zum Teil auf mehr als 30 Prozent. Die Leute wissen, dass sich für sie nichts ändert. Ramelow hat schließlich Ahnung vom Regieren.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/366096.landtagswahl-in-thuringen-ahnung-vom-regieren.html>